

gesUND & sozial

Zeit für Menschlichkeit 30.000 Menschen stellen sich dem Arbeitsdruck

Foto: Richard Schuster



Bericht auf Seite 4

Gratulation an die AK Oberösterreich

Nachdem ein Linzer Zahnarzt seine Assistentin nicht zum erforderlichen theoretischen Teil ihrer Berufsausbildung angemeldet hat, konnte sie ihre Ausbildung nicht abschließen und hatte dadurch erhebliche Lohneinbußen. Die AK Oberösterreich klagte 6.000 Euro ein und gewann. Der theoretische Teil der dreijährigen Berufsausbildung, der am AKH-Linz absolviert werden muss, findet ein Jahr lang jede Woche einmal statt. Der oder die ArbeitgeberIn muss die Auszubildenden hiezu anmelden und auch entscheiden wann sie den theoretischen Teil ablegen, im ersten, zweiten oder dritten Ausbildungsjahr. Die Auszubildenden haben keinen Einfluss darauf. Im vorliegenden Fall hat der Zahnarzt die Assistentin weder im ersten, zweiten noch im dritten Lehrjahr, obwohl sie ihren Dienstgeber immer wieder darum gebeten hatte, angemeldet. Erst nach dem Ende der Ausbildungszeit erlaubte ihr der Zahnarzt den Besuch der theoretischen Ausbildung. Abgesehen davon, dass sie ihre Ausbildung erst ein Jahr später abschließen konnte, hat ihr der Zahnarzt in diesem Jahr den Gehalt des dritten Lehrjahres bezahlt und nicht den einer ausgebildeten Assistentin. Da sich der Zahnarzt weigerte, die errechnete Differenz von 6.200 Euro zu zahlen, musste die Arbeiterkammer Österreich den Schadenersatz einklagen. Das Landesgericht Linz teilte die Rechtsansicht der AK und verurteilte den Zahnarzt zum Schadenersatz.

Ich hoffe, dass dieser Fall anderen von ihren Dienstgebern Benachteiligten Mut gibt, sich zu wehren

ÖGB/ARGE – FGV Seminare

Im September und Oktober veranstaltete die ARGE/ÖGB-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe wieder vier Seminare für ihre Mitglieder. Von 5. bis 7. 10. fand ein Seminar zum Thema „Wie sag ich es bloß? – Konfliktgespräche selbstbewusst führen“ statt, welches von unseren Trainern Marion Wallner und Gerold Unterhumer moderiert wurde. Danach (17. – 19. 10., aber auch vom 19. – 21. 9.) führte Trainerin Evelyn Kiffmann unsere Teilnehmer in die Sterbe- und Trauerbegleitung ein und den Abschluss machte meine Kollegin Christine Beyer mit einem Grundkurs zur Basalen Stimulation.



Die TeilnehmerInnen der Seminare Sterbe- und Trauerbegleitung (unten) und des Grundkurs zur Basalen Stimulation (oben)



Karl Pretebner
Bundessekretär der ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe
Chefredakteur



Ich möchte mich nun bei den TrainerInnen und den Teilnehmern für die intensive Arbeit bedanken und viel Glück bei der Umsetzung des Erlernten wünschen.

Wie immer habe ich auch diesmal die Teilnehmer um eine Bewertung der Seminare gebeten und diese wurde nach dem Schulnotensystem durchgeführt (das Ergebnis ist im Kasten nachzulesen).

Ich möchte Ihnen zum Abschluss noch ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr wünschen.

Sterbe- u. Trauerbegleitung (19.–21.9.)

Kursinhalt und Kursprogramm	1
Kursablauf	1
Aufenthalt	1

Wie sag ich es bloß

Kursinhalt und Kursprogramm	1
Kursablauf	1,2
Aufenthalt	1,2

Sterbe- u. Trauerbegleitung (17.–19.10.)

Kursinhalt und Kursprogramm	1,1
Kursablauf	1,1
Aufenthalt	1,1

Basale Stimulation (Grundkurs)

Kursinhalt und Kursprogramm	1
Kursablauf	1,2
Aufenthalt	1

INHALT



Coverstory **Zeit für Menschlichkeit**
Warum das Wiener Rathaus brannte **4**

GPZ djp **Wenn die Grenze überschritten ist**
Gewalt am Arbeitsplatz: Unerwünschte Zwischenfälle in der Pflege- und Behindertenbetreuung kann und muss der Arbeitgeber entschärfen **6**

GÖD **Gut, dass es den Neugebauer gibt**
Bei den Verhandlungen dürfen wir nicht Bittsteller sein **9**

Gewerkschaft gegen Landtag
Der Kampf für Gerechtigkeit in Oberösterreich **11**

Pflegfonds schafft Sicherheit
und bedeutet weniger Aufwand für die Verwaltung **12**

Das Fahrtenbuch richtig führen
damit es mit der Finanzverwaltung keine Probleme gibt **13**

Spenden sind absetzbar
auch für ausländische Einrichtung innerhalb der EU **13**

Reportage **Lange Nacht der Museen**
Bericht aus der Krankenanstalt Rudolfstiftung Wien **14**

Service **Büchertipps & Termine** **15**

Impressum

Herausgeber und Verleger: ÖGB/ARGE-Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe, Maria-Theresien-Str. 11, 1090 Wien • **Chefredakteur:** Karl Pretebner, T: 01/313 16-836 63, E: karl.pretebner@gdg-kmsfb.at • **Redaktionsadresse:** ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe, Maria-Theresien-Straße 11, 1090 Wien • **Verlags- und Herstellungsort:** Wien. ZVR-Nummer: 576439352 • **Redaktion/Layout/Grafik:** Agentur Steinschütz-Winter, 3420 Kritzensdorf, Hauptstraße 178, T: 02242-28 926, E: agentur@steinschuetz.at • **Anzeigen/Marketing:** Fritz Schmalldienst, T: 0664-85 39 721, M: ufritz@aon.at; Gerhard Steinschütz, T: 0650-28 926 00, M: gerhard@steinschuetz.at

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Fotonachweise: Alle Bilder, die nicht extra gekennzeichnet sind, wurden von den Autoren bzw. der ÖGB-ARGE-FGV zur Verfügung gestellt.

Josef Zellhofer
Bundesvorsitzender der ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe



„Wie rasch doch ein Jahr vergeht.“ Als heutigen Leitartikel haben wir die Kampagne „Zeit für Menschlichkeit“ gewählt. Warum sich in Wien 30.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den permanenten und stets steigenden Leistungsdruck entgegen stellen. Vorausgegangen ist eine Studie gemeinsam mit der Arbeiterkammer, bei der die Interessensvertreter unserer Kolleginnen und Kollegen befragten. Das Ergebnis ist hinlänglich bekannt und kann unter www.fgv.at/service-downloads nachgelesen werden. Die Ärzte im Wiener AKH haben ebenfalls in den Medien lautstark von ihren Problemen berichtet. Stehen wir vor einem Aufstand der Gesundheitsberufe? Ich denke nicht – die Gesundheitsberufe sind keine Krawallmacher, sie wollen auf ihre immer mehr werdende Belastungen aufmerksam machen. „Wir wollen ausreichend Zeit für unsere Patienten oder Klienten aufbringen können und nicht mit der fiktiven Stoppuhr im Nacken arbeiten.“ „Die Qualität unserer Leistungen für unsere Patienten ist uns sehr wichtig, zum Teil viel wichtiger als die eigene Person und Gesundheit.“

Das letzte Jahr ist in der Fachgruppenvereinigung sehr rasch vergangen. Der Bundesbeirat trifft sich monatlich zum Austausch der Gewerkschaften, und auch um die kommenden Problemstellungen zu bearbeiten. Diese werden im Bundesvorstand berichtet und diskutiert und wenn nötig werden weitere Vorgehensweisen abgestimmt.

Sehr viele Termine gab es auch im Gesundheitsministerium, wo der heurige Schwerpunkt im Bereich des MAB Gesetzes lag. Jede einzelne Sparte wurde besprochen und diskutiert. Ich hoffe sehr, im kommenden Jahr über einen vernünftigen Kompromiss berichten zu dürfen.

Nicht zuletzt werden wir wieder über das GuK Gesetz sprechen müssen. Ich denke, die Gesundheitsberufe können viel mehr als sie dürfen ...

Ich möchte Ihnen ein frohes Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Lieben wünschen und einen guten Start in das Jahr 2012

Ihr



Zeit für Menschlichkeit

Warum sich 30.000 MitarbeiterInnen im Krankenanstaltenverbund gegen Arbeitsdruck stellen und warum deshalb das Wiener Rathaus brannte.

Karl Preterebner



Foto: Richard Schuster

„Mehr Dampf erhöht den Druck und erhöhter Druck steigert die Leistung.“ Ein einfaches, dem Ingenieur bekanntes Prinzip welches zu einem Fundament ökonomisch denkender aber vor allem leistungsorientierter Arbeitgeber wurde. Doch es gibt Grenzen und wenn diese überschritten werden, zerreißt es Kessel, Maschinen und Menschen. Seit Jahren steigt der Arbeitsdruck in der Europäischen Union vor allem im Dienstleistungssektor konstant an. Hohes Arbeitstempo, steigende Anforderungen, Fremdbestimmtheit, Leistungsdruck im Team und vor allem fehlende Zeit zur Erledigung der verlangten Arbeit sind jene Faktoren, die besonders ältere ArbeitnehmerInnen belasten.

Im März hat die Gewerkschaft der Gemeinbediensteten, Hauptgruppe II eine Studie veröffentlicht, die auf eben diesen Arbeitsdruck im Gesundheitswesen verweist. Mehr als die Hälfte der Befragten geben darin an, stark bis sehr stark belastet zu sein, 30% gelten als Burnout gefährdet. Leider reagierte

niemand auf diese Erkenntnis, weder verbal noch durch Taten, kein Dienstgeber und keine Politik. Es kam sogar noch viel schlimmer, denn weitere Einsparungen auf dem Rücken der Belegschaft folgten. So wurde Fort- und Weiterbildung auf den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen reduziert. In der Psychiatrie bedeutete dies zum Beispiel das Einstellen der bis dahin sehr erfolgreichen Antiaggressions- und Deeskalationsschulungen, mit deren Hilfe das Personal bis dato lernte, sich gegen Übergriffe und Gewalttackten durch Patienten zu schützen.

Helferinnen gelten als Luxus

Abteilungshelferinnen wurden nicht mehr nachbesetzt. Sie gelten laut Meinung des Topmanagements als entbehrlich und im Bundesländervergleich sogar als reiner Luxus, den man sich in Wien nun nicht mehr länger leisten möchte. Das dies wiederum eine Übernahme hauswirtschaftlicher Tätigkeiten für die gehobene Gesundheits- und

Krankenpflege bedeutete, wurde ignoriert bzw. sogar einkalkuliert. Mehrdienstleistungen durften aufgrund des neuen Sparplanes nur mehr in Zeit, nicht aber in Geld abgegolten werden. Ich bin überzeugt davon, dass die meisten im Gesundheitswesen Tätigen damit kein so großes Problem hätten, wenn sie nicht schon übervolle Zeitgutstundenkonten hätten. Urlaubsstunden, Nachtdienstgutstunden und Zeitausgleich – bleibt nur die Frage wann sich der und die einzelne diese auch nehmen können.

Bleiben die dringend notwendigen Erholungsphasen aus, verkomme ich in meinem Kernberuf zu einem Allrounder oder zur oft zitierten „eierlegenden Wollmilchsau“, fehlt es an Wertschätzung und notwendigem Raum zur Entfaltung, so steigt der Druck und die Grenze der Belastung wird überschritten. Dies nahmen die Beschäftigten im Krankenanstaltenverbund zum Anlass und starteten die Kampagne „Zeit für Menschlichkeit“. Wie banal klingt doch die zentrale Forderung



Foto: Richard Schuster

Eindrucksvolle Präsentation der Befragungsbögen, die eine starke Unterstützung der Kampagnenforderungen der Gewerkschaft signalisiert

der Belegschaft – Zeit für Menschlichkeit. Es ist doch genau diese Menschlichkeit, wegen der viele einen Beruf im Gesundheitswesen ergreifen. Wer in einer der Dienststellen des KAV tätig ist, weiß, dass er unweigerlich mit Menschen und für Menschen arbeitet. In einem hoch sensiblen Bereich, in dem kleine Fehler große Auswirkungen haben können. Von der Putzfrau bis zum Generaldirektor arbeiten alle daran, dass andere genesen bzw. in Würde altern können. Doch scheint es, als würde die geforderte Menschlichkeit für den Patienten und für die Belegschaft fehlen. Denn wo die Mathematik und kalte Zahlen regieren, bleibt für Menschlichkeit kein Platz.

Arbeitsdruck ist unmenschlich

„Wir brauchen mehr Zeit für Menschlichkeit. Ärzte, Pflegekräfte und alle weiteren Beschäftigten wollen heilen und helfen. Doch der Arbeitsdruck in Spitälern, den Dienststellen und Pflegewohnhäusern ist unmenschlich geworden. Gesundheit braucht Menschlichkeit. Dafür stehen wir. Wir müssen jetzt gemeinsam handeln. Wo der Sparzwang regiert, verlieren alle. Wir brauchen ausreichend Personal. Wir brauchen Zeit für unsere Arbeit. Davon profitieren alle: Patienten, Pflegebedürftige, Angehörige und Beschäftigte. Ganz Wien. Deshalb werden wir aktiv.“ So einfach wie diese Kampagnenmission der MitarbeiterInnen klingt, so kompliziert stellt sie sich in der Umsetzung dar. Sie kostet Geld, sie fordert die Übernahme von Verantwortung, sie fordert Taten statt

Worte und sie verlangt nach einem gesellschaftlichen Bekenntnis. Was ist Gesundheit und in Würde Altern einer Gesellschaft wert? Ist der Patient ein Mensch oder ein Kostenfaktor? In einem Punkt ist man sich einig: Die beste Medizin für den Menschen ist immer noch der Mensch. Wenn man also den Menschen mit zunehmender Bürokratie, fortwährenden Einsparungen, zunehmender Leistungsanforderung an die Grenze der Belastbarkeit treibt, gefährdet man das ganze Gesundheitssystem.

„Ausgebrannt?“

Um auf diesen Umstand aufmerksam zu machen demonstrierten zum Kampagnenauftritt am 14. September 2011 mehr als 1.500 Menschen vor dem Wiener Rathaus. Mittels Beamer wurden Flammen auf die altherwürdigen Mauern projiziert. „Ausgebrannt?“ war die weithin sichtbare Frage. Wer schon einmal im Burnout war, weiß, wie es sich anfühlt ausgebrannt zu sein. Daher auch der berechnete Verweis auf jene, die in diesem Augenblick in unseren Spitälern und Pflegewohnhäusern, in den Dienststellen des Krankenanstaltenverbundes und egal wo sie noch am Mitmenschen tätig sind, ausbrennen! Heute brennen sie und morgen das System! Der Verlust einer Abteilungshelferin oder eines Hausarbeiters wirkt sich unweigerlich auf andere Berufsgruppen aus und dem möchte man mit dieser Kampagne ein Ende setzen. Ebenso wie dem Sparzwang bei zunehmender Leistung, der Auslagerungen von Berufsgruppen zu schlechten kollektiv-

vertraglichen Bedingungen und einer überbordenden Dokumentation.

Weitere Maßnahmen geplant

8000 unterzeichnete Unterstützungserklärungen wurden an die Politik übergeben. 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligten sich an den betrieblichen Aktionswochen in den Dienststellen, indem sie die sympathischen Buttons der Kampagne trugen oder Luftballone verteilten. Sämtliche Eindrücke, Bilder und Filme hierzu sind auf der Homepage www.gesundheitskampagne.at zu finden. Daraufhin wurden die oben erwähnten Einsparungen im Oktober zwar zurückgenommen, doch die Freude über diesen Kampagnenerfolg währte nur kurz. Die Überlastung der Belegschaft sowie der Arbeitsdruck bleiben bestehen und solange es keine spürbaren Entlastungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt, bleibt auch die Kampagne bestehen. Im Augenblick bauen wir auf die Erfahrungen der wahren Experten im Gesundheitssystem, in dem wir ihre Meinungen und Vorschläge sammeln – es sind die Bediensteten selbst. Nach Auswertung der Daten werden die Ergebnisse in die weiteren Verhandlungen eingebunden. Eines ist dabei klar: wenn es nicht rasch zu einer Entlastung kommt und wenn der zunehmenden Arbeitsverdichtung von Seiten der Verantwortlichen nicht entgegen gesteuert wird, werden weitere Maßnahmen gesetzt. Das sind die MitarbeiterInnen sich selbst aber auch den Patienten schuldig. ■



Martha Fleschur
stellvertretende
Bundesvorsitzende
der ÖGB/ARGE-FGV
für Gesundheits- und
Sozialberufe

„Liebe KollegInnen

Einige Arbeitsbedingungen können nicht in Geld abgegolten werden, aber viele KollegInnen würden darin eine kleine Anerkennung ihrer besonderen Arbeitsbedingungen sehen. Zu diesem Zwecke gibt es auch die SEG-Zulage (Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrenzulage). Viele werden jetzt sagen „Ja die ist ja im Pflege- und Betreuungsbereich sowieso normal!“ Leider nein! Sie wird bei weitem nicht in allen Bereichen gezahlt, wo sie eigentlich zustehen würde. Wenn sie vereinbart wird, dann wird noch um jedes einzelne Prozent in der Höhe gefeilscht. Leider ist es eine Tatsache, dass immer weniger Verantwortliche sich in die Situationen der MitarbeiterInnen hineinversetzen können. Viele KollegInnen führen neben der belastenden Arbeit auch noch einen Überlebenskampf, denn oft müssen sie von einer Teilzeitbeschäftigung ihr Leben bestreiten. Im Mobilen Bereich gibt es keine offenen Vollzeitstellen mehr, dies wird von den Verantwortlichen aber gerne ignoriert. Neben dem geringen Einkommen wird aber eine immer größere Flexibilität von den KollegInnen verlangt. Eine wirklich gute MitarbeiterIn sollte am besten mit 10 bis 15 Stunden die Woche angestellt sein und jederzeit bereit sein, diese und wenn es notwendig ist auch doppelt so viele Stunden zu leisten. Natürlich werden dafür keine Zuschläge bezahlt (1:1). Zeitausgleich gibt es dann, wenn der Arbeitgeber wenig Arbeit hat, und am besten sollen auch noch Minusstunden aufgebaut werden, damit man die Beschäftigten dann einsetzen kann, wenn's dem Arbeitgeber passt.

Kapovaz (Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit) lässt grüßen!
„Das nennt man Flexibilität“



Wenn die Grenze überschritten ist

Alexia Weiss

Gewalt am Arbeitsplatz. *BehindertenbetreuerInnen und mobile PflegerInnen wissen, dass ihr beruflicher Alltag den einen oder anderen Konflikt und unerwünschte Zwischenfälle mit sich bringt. Auch Gewalt durch KlientInnen und PatientInnen sind Menschen in betreuenden und pflegenden Berufen ausgesetzt. Dass sich dies nicht immer vermeiden lässt, wissen alle Beteiligten. Die Arbeitgeber könnten aber durchaus für eine Entschärfung der Situation sorgen.*

Während ein Bewohner einer Behindertenwohngemeinschaft wieder einmal den Kühlschrank plündert, prügelt einer seiner Mitbewohner auf ihn ein, weil er um sein Abendessen fürchtet. Der Dienst habende Betreuer muss dazwischen gehen, bevor einer seiner Klienten verletzt wird – und riskiert dabei, selbst geschlagen zu werden. Manches Mal kommt der Rempeler, das Kratzen, Beißen oder das Werfen mit Sesseln und anderen Gegenständen aber auch ganz unerwartet: wenn sich der alte Herr, der zu Hause versorgt wird, nicht waschen lassen will. Wenn das Essen nicht schmeckt und der zu Betreuende dies nur durch nonverbale Aggression zum Ausdruck bringen kann. Wenn der Autist sich nicht anziehen lassen will, vor dem Haus aber bereits der Kleinbus wartet, der ihn zu seinem Arbeitsplatz in einer Tageswerkstätte bringen soll. Früher waren wesentlich mehr Menschen, die ihren Alltag nicht alleine bewältigen konnten, in stationären Einrichtungen untergebracht. Inzwischen sind Politik und Gesellschaft der Meinung, dass jeder Mensch so selbstbestimmt wie möglich leben können sollte. Mobile Pflege gibt vielen pflegebedürftigen, alten Menschen, wonach sie sich sehnen: in ihren eigenen vier Wänden bleiben zu können. Das betreute Wohnen ermöglicht Körper-, geistig und mehrfach Behinderten auch eine persönliche Entwicklung. „Und das ist gut so“, betont eine Betriebsrätin eines Anbieters in diesem Bereich. Wie auch alle anderen Ansprechpartner kann weder ihr Name noch jener ihres Arbeitgebers genannt werden. Das

Thema Gewalt wird von der Leitungsebene solcher Einrichtungen nicht gerne öffentlich erörtert. Rasch wird hier gegen MitarbeiterInnen, die Vorkommnisse, in denen sie Gewalt oder sexuellen Übergriffen während ihres Dienstes ausgesetzt sind, aufzeigen, die Klagskeule geschwungen. Was die Betriebsrätin dagegen eben nicht gut findet, ist, wie die meisten Arbeitgeber mit der Situation umgehen. Das Problem ist vielschichtig: einerseits gibt es von der öffentlichen Hand oft nicht so viel Geld, wie für eine rundherum gute Betreuung von Behinderten nötig wäre. Der Druck werde dann auf die Mitarbeiter weitergegeben: sie müssen als mobile Pfleger entweder mehr Patienten als bisher betreuen oder in Wohngemeinschaften alleine Dienst machen. Resultat der beschränkten Finanzmittel ist auch, dass in manchen Bundesländern beziehungsweise von vielen Arbeitgebern keine Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrenzulage (SED-Zulage) bezahlt wird. Wobei eine Betriebsrätin klar stellt: „Auch mit dieser Zulage ist es nicht okay, ständig Gewalt ausgesetzt zu sein. Den Mitarbeitern würde aber wenigstens Anerkennung für ihre Leistung gezollt.“ Andererseits brauchen gerade Menschen, die in Behindertenwohngemeinschaften leben, oft viel Aufmerksamkeit. Hat die Betreuerin alle Hände voll damit zu tun, dafür zu sorgen, dass alles halbwegs läuft, ist für individuelle Auseinandersetzung nicht mehr viel Zeit. Die Betreuten spüren das – und reagieren erst recht mit Wutausbrüchen, Schreien, dem Werfen von Gegenständen, um auf sich auf-



Foto: Jürgen Acker – Fotolia.com

merksam zu machen. „Mehr Personal würde die Situation in vielen Einrichtungen entschärfen“, ist ein Betriebsrat überzeugt. Immer wieder gibt es auch Fälle, in denen der Arbeitgeber nach einem Vorfall, in dem ein Mitarbeiter verletzt wurde, nicht hinter diesem stehen – sondern sogar ihm die Schuld an der Eskalation geben. Die Teilnahme an Deeskalationstrainings wird aber nur einem kleinen Teil der MitarbeiterInnen im sozialen Bereich finanziert. Und manches Mal führen Abwehrreaktionen von BetreuerInnen zu noch mehr Aggression des Betreuten. „Jeder reagiert in einer solche Stressituation eben anders“, so eine Betriebsrätin. Und wenn man weiß, dass immer wieder Kollegen Hämatome, Kratzspuren, Prellungen, aber auch schwerere Verletzungen davontragen, versuche man natürlich, nicht auch im Krankenhaus zu landen. „Natürlich kann es nicht so sein, dass sofort die Klientin oder der Mitarbeiter entfernt wird“, sagt die Arbeitnehmervertreterin. Tendenziell bleibe aber dann eher der Mitarbeiter auf der Strecke. Sie spricht sich daher für die Einrichtung von Anlaufstellen aus, die nach einem Vorfall von dem Betroffenen kontaktiert werden können. So würde es im Einzelfall eine objektive Aufklärung und Hilfe für die MitarbeiterInnen geben, andererseits wüßte man dann rascher, wo das System insgesamt verbessert werden muss. Es wäre z.B. rasch sichtbar, dass es mit dem Klienten XY in der Wohngemeinschaft AZ immer wieder Probleme gibt und man könnte daher früher reagieren. Ein Möglichkeit wäre hier mehr Personal einzusetzen. Wobei sich die

Betriebsrätin insgesamt wünschen würde, dass die Führungsebene weniger hinter dem Schreibtisch sitzt und sich selbst regelmäßig in den Einrichtungen vor Ort, aber auch in den Wohnungen jener, die mobil gepflegt werden, einen Eindruck verschafft. Dass dieses bisher tabuisierte Thema nun langsam an die Oberfläche kommt, hat wohl auch damit zu tun, dass früher viele Menschen als BetreuerInnen aufgenommen wurden, die dazu keine Ausbildung hatten. Sie wurden von der Institution ausgebildet, die sie angestellt hatte, und haben vielfach die oft von Arbeitgeber-Seite vetretene Auffassung „Das gehört eben zum Berufsbild“ nicht in Frage gestellt. Heute müssen alle Personen, die zu Pflegenden oder Behinderten betreuen, über eine Grundausbildung verfügen. Hier lernen sie auch, Grenzen zu setzen. Und zu erkennen, wenn Grenzen überschritten werden. „Sich schlagen zu lassen, gehört nämlich nicht zu unserem Alltag“, so eine Arbeitnehmervertreterin, die jedoch auch betont: „Wir alle machen unseren Job, weil wir Menschen helfen wollen. Wir stellen die Arbeit an sich nicht in Frage. Wir fordern aber, dass der Arbeitgeber bei Problemen hinter uns steht.“ Unter dem Titel **„Tatort Arbeitsplatz. Gib der Gewalt im Job keine Chance“** engagiert sich die Gewerkschaft vida schon seit längerem für eine Enttabuisierung des Themas und für Maßnahmen gegen die Gewalt im Job. Mehr Infos zu der Initiative und zum Beratungs- und Hilfsangebot für Beschäftigte und BetriebsrätInnen finden Sie unter www.tatortarbeitsplatz.at

Willibald Steinkellner
stellvertretender
Bundesvorsitzender
der ÖGB/ARGE-FGV
für Gesundheits- und
Sozialberufe



„Tatort Arbeitsplatz

Vieles hat sich in der Betreuung von Menschen mit Behinderung verbessert, ebenso an den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Schwierige Situationen, wie der Umgang mit Aggressivität, werden offener angesprochen. Dennoch gibt es noch Handlungsbedarf.

Prävention verstärken. Regelmäßige Schulungen, eine Anlaufstelle bei Vorkommen von Gewalt und eine gute Nachbetreuung der Betroffenen: Das alles braucht es in den stationären Einrichtungen, aber auch in der mobilen Pflege und Betreuung, um das Gewaltisiko zu verringern. vida bietet dazu eine Musterbetriebsvereinbarung an. Arbeitgeber und Betriebsrat verpflichten sich dadurch, ausreichend Maßnahmen zu setzen, damit im Arbeitsalltag Gewalt möglichst vermieden wird.

Ausreichend Personal. Ein Hauptauslöser für das Vorkommen von Gewalt ist in allen Branchen der gestiegene Arbeitsdruck. Gerade in so einem sensiblen Bereich wie der Pflege und Betreuung ist es besonders wichtig, dass ausreichend Beschäftigte zur Betreuung der KlientInnen vorhanden sind.

Lebensqualität. Kleinstgruppen, wie es sie zur Betreuung von Menschen gibt, die zusätzlich zu einer geistigen Behinderung psychisch belastet sind und zu Aggressivität neigen, kosten mehr Geld. Doch durch diese Art der Intensivbetreuung verbessert sich die Lebensqualität der KlientInnen und das Vorkommen von Gewalt kann eher vermieden werden. Kurz gesagt: Der Einsatz von ausreichenden und gut ausgebildeten Beschäftigten ist ein wesentlicher Schlüssel, um Gewalt im Job hintanzulassen.





Johann Hable
stellvertretender
Bundesvorsitzender
der ÖGB/ARGE-FGV
für Gesundheits- und
Sozialberufe

Ausgezeichnet: Projekt Langzeitbeatmung

Johann Hable

Vor kurzem fand die Überreichung eines in Maastricht verliehenen Preises für die Versorgung von langzeitbeatmeten PatientInnen unter qualitativen und wirtschaftlichen Aspekten statt. Unter 274 Bewerbern aus ganz Europa hat das Team der stationären und der mobilen Langzeitbeatmung diese Auszeichnung bekommen. Stellvertretend für alle Beteiligten nahm Mag. Stefan Potyka vom Oö. Gesundheitsfonds (Gesundheitsabteilung des Landes Oö.) den Preis in Maastricht entgegen. Dieses Vorzeigeprojekt entstand 2008 in Zusammenarbeit mit der Abteilung Gesundheit und Soziales, Land Oö., mit dem Landespflege- und Betreuungszentrum Schloss Haus und dem Oö. Koordinations- und Kompetenzteam Oö. Heimbeatmung und beinhaltet ein Versorgungssystem für beatmete PatientInnen, das leichter finanzierbar ist und gleichzeitig alle Qualitätsansprüche erfüllt. Urheber waren DGKP Christoph Grubauer mit Prim. Dr. Karl Holz-

mann sowie Dir. Johann Hable, Leiter des Landespflege- und Betreuungszentrums Schloss Haus. In der mobilen Beatmung wird der Patient daheim gepflegt. Das Team der mobilen Beatmung unterstützt die Betreuungspersonen bzw. Angehörigen in allen Bereichen. Durch das persönliche Umfeld zu Hause wird ein größeres Wohlbefinden sowie oft auch ein schnellerer Heilungsprozess erreicht. Gleichzeitig wurden in zwei stationären Einrichtungen insgesamt 14 Betten nach den Bedürfnissen von langzeitbeatmeten PatientInnen installiert. Diese befinden sich in Wartberg ob der Aist im Landespflege- und Betreuungszentrum Schloss Haus und in Linz im Seniorenwohnhaus Karl Borromäus. Dadurch konnten die Akutkrankenanstalten entlastet werden und es wurde eine Kostendämpfung von 13,8 Mio. Euro pro Jahr erzielt. In einigen Fällen wurden dadurch enorme Erfolge bei der Entwöhnung der Patienten von den Beatmungsmaschinen erreicht.



Landeshauptmann Pühringer bedankte sich bei allen MitarbeiterInnen für ihren Einsatz und gratulierte allen Beteiligten zur hohen europaweiten Auszeichnung.

Psychiatrie aktuell

Der Chef von Pro mente Oberösterreich, Herr Prof. Hofrat Prim. Univ. Doz. Dr. Werner Schöny hat zum Psychiatrischen Samstag zu dem Thema **schizophrene Psychosen – neue Entwicklungen** an die Linzer Universität eingeladen. Fachleute und Experten aus dem psychia-

trischen Bereich haben an dieser wichtigen Fortbildungsveranstaltung teilgenommen, auch aus dem klinischen Bereich und dem Langzeitbereich Österreichs waren viele Vertreter anwesend. Johann Hable gratulierte Herrn Prof. Schöny zu diesem gelungenen Meeting.

Teuerungsbremse

Die Bundesregierung ist aufgefordert, eine Teuerungsbremse ins Leben zu rufen. Derzeit wird über die Schuldenbremse diskutiert, jedoch ist die Teuerung Mitverursacher der Anhäufung der Staatsschulden.

Unsere Forderungen:

1. keine weitere Erhöhung bei der Mineralölsteuer, sollten die Preise anziehen ist nicht analog die Steuern anzuziehen.
2. die Energie darf nicht teurer werden, der beabsichtigte Preisschub bei Gas, Wasser und Elektrizität ist zurückzustellen.
3. Grundnahrungsmittel wie Milch, Brot, Obst und Gemüse brauchen eine Teuerungsbremse. Der Familien und den Kleinkindern zuliebe.
4. keine Erhöhung der Rezeptgebühren
5. keine Erhöhung der Rundfunkgebühren
6. kein Abkassieren bei Wohnungserwerb bzw. Baugrundstückserwerb
7. eine gesetzliche Verankerung der Teuerungsbremse, wobei nach einer 5-jährigen Laufzeit neu darüber beraten werden soll
8. europaweite Einführung einer Bankensteuer

Die Armutsfalle ist in Österreich stark steigend, viele Familien und AlleinerzieherInnen können sich das normale Leben kaum noch leisten und geraten in die Armutsfalle.

Die Bundesregierung hat verabsäumt, wirksame Maßnahmen zur Eindämmung der Teuerung umzusetzen. Es ist an der Zeit, sich auch gegenüber den Preistreibern durchzusetzen, das Einkommen muss wieder Spaß machen.

Gut, dass es den Neugebauer gibt!

Johann Hable

Leider hat sich auch diesmal unser Dienstgeber, die österreichische Bundesregierung betreffend den Lohnabschluss sehr knauserig gegeben. Es war nicht möglich, dass wir neben der Inflationsrate auch einen Anteil am Wirtschaftswachstum erhalten. Unter diesen Voraussetzungen war es äußerst schwierig, diesen Gehaltsabschluss zustande zu bringen. Der Vorsitzende der Bundesvertretung 9 – Landesanstalten und Betriebe Johann Hable fordert, dass hinkünftig die Gehaltserhöhung in dem jeweiligen Jahresbudget zu planen und abzustimmen sind, wobei die Teuerungsrate und das Wirtschaftswachstum berücksichtig

werden. Bei den Gehaltsverhandlungen dürfen wir nicht zum Bittsteller degradiert werden. Wir arbeiten viel, wir leisten viel!

Wir wollen auch eine ordentliche Bezahlung. Jeder Kaufmann in der Wirtschaft muss den Gehalt seiner Dienstnehmer kalkulieren.

Es ist zwar sehr nett, wenn Mitglieder der österreichischen Bundesregierung wie zum Beispiel Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger beim Bundeskongress den öffentlichen Dienst und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter loben, jedoch bei der Bezahlung mehr als knickerig sind. Wünschenswert wäre, wenn nur die Gewerkschaftsmitglieder von Lohn- und Gehaltserhöhungen profitieren. Es ergeht daher das Ersuchen, Mitglieder zu werben, denn gemeinsam sind wir stärker.

Gehaltsabschlüsse im öffentlichen Dienst



Information

Arbeitsmarkt: Österreich ist spitze

Dem Vorsitzenden der ÖGB/ARGE-Gesundheits- und Sozialberufe Niederösterreich – Eduard Böhm – liegt sehr daran, dass der Beschäftigtenstand, auch in den Gesundheits- und Sozialberufen, möglichst hoch ist. Denn Steuereinnahmen sichern die Ausgaben für Gesundheit und Soziales ab. Die neuesten Eurostat-Arbeitsmarktdaten zeigen: Österreich liegt mit einer Arbeitslosenquote von 3,7 Prozent an erster Stelle in Europa.



alle Länder auf epp.eurostat.ec.europa.eu

Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land NÖ

Mag. Anna Parr

Im Rahmen eines Festaktes am 22. November 2011 wurde Schwester Otmar Kapeller seitens des Landes Niederösterreich durch Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich verliehen. „Wir alle sind Sr. Otmar zu großem Dank für ihr Wirken verpflichtet. Es war uns daher eine große Freude, dass die Landesregierung unserer Anregung gefolgt ist, ihre Verdienste mit der Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens zu würdigen“, so Herta Enzi, Heim- und Pflegedienstleiterin im Haus St. Louise.



Das Haus St. Louise der Barmherzige Schwestern Pflege GmbH ist seit vielen Jahrzehnten als Alten- und Pflegeheim der Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paul bekannt und beliebt. 1998 – 2001 erwei-

terten und erneuerten die Schwestern mit Unterstützung des Landes Nö das Heim, so dass seither statt der ursprünglich 44 nun 76 Betten zur Verfügung stehen. Sr. Otmar trug hier während dieser Zeit und später die Verantwortung der gesamten Leitung und begleitete schließlich bis zuletzt zahlreiche organisatorische Veränderungen. Sie integrierte moderne Pflegekonzepte, die eine wichtige Basis für unsere heutige Aufgabe sind. Den MitarbeiterInnen hat sie dabei stets viel Verständnis und Toleranz entgegengebracht und konnte ihnen gerade in den Zeiten der Veränderungen und des Umbruchs die notwendige Stabilität vermitteln. Seit April 2011 widmet sich Schwester Otmar ihrer neuen Aufgabe als Seelsorgerin im KH der Barmherzigen Schwestern Wien-Gumpendorf.

Expertenwissen gefragt

Gesundheit setzt sich vorwiegend aus physischen und psychischen Faktoren zusammen. Angeblich ließ sich bei der Krankenstandsentwicklung zwischen 2000 und 2006 im Vergleich mit 1980

ein Rückgang auf 11,5 Tage im Gegensatz zu 17,4 Tagen (1980) feststellen. Der Fehlzeitreport 2008 des WIFO aber zeigt einen starken Aufwärtstrend der Krankenstände aufgrund von psychischen Erkrankungen. Seit den 90ern hat sich die Zahl der Krankenstände wegen psychischen Leiden mehr als verdoppelt. Über die Jahre erschienen unterschiedlichste Zahlen und Statistiken aus zahlreichen Studien. Die Tendenz ist stets steigend, wobei die Dunkelziffer sehr groß bleibt. Fakt dabei ist: Neben dem persönlichen Leid entstehen auch erhebliche Kosten für die Wirtschaft und die Gesellschaft.

Aber es entstehen genau aus dieser Situation heraus viele neue Möglichkeiten, die Wirtschaft anzukurbeln und daraus Profit zu machen. So tauchen mit dem Modeschlagwort „Burnout“ viele kreative Ideen am Ausbildungssektor auf. Man kann Diplomlehrgänge, wie z. B. „ExpertIn für Burnout- und Stressprävention“ absolvieren. Es bedarf der Maturareife und 2.000 – 3.000 Euro. Nach etwa einem halben Jahr kann man als diplomierter Burnoutexperte in der freien Wirtschaft seine Dienste anbieten. Das heißt diese ExpertInnen diagnostizieren den Schweregrad des Burnouts und helfen und begleiten betroffene ArbeitnehmerInnen. Da stellt sich die Frage, wozu PsychotherapeutInnen eine mind. sechsjährige Ausbildung um mind. 25.000 Euro belegen? Liegt es vielleicht daran, dass Burnout lediglich eine Zusatzdiagnose ist und keine eigenständige Erkrankung darstellt? Liegt es daran,

Mag.^a Marina Gottwald

Psychotherapeutin
(Verhaltenstherapeutin)
Klinische und Gesundheitspsychologin



dass bei Burnout eher Depression, Suchtverhalten, psychosomatische Beschwerden und andere Erkrankungen im Vordergrund stehen? Liegt es daran, dass psychisches Leid komplex ist und nicht so einfach auf den Faktor Stress zurückzuführen ist? Auf jeden Fall scheint die Problematik komplex genug zu sein, dass es sogar gesetzliche Vorschriften gibt, dass sich PsychotherapeutInnen jährlich fortbilden müssen, um am letzten Stand der Wissenschaft zu bleiben. Diese fachlichen Kompetenzunterschiede sind zwar Personen, die aus dieser Branche kommen, wohl bekannt, aber wie soll eine PersonalvertreterIn das entscheiden oder gar eine Privatperson, die Hilfe sucht?

In Zeiten wie diesen, wo die Gesellschaft aufgrund der stets wachsenden Zahlen an psychischen Belastungen und Erkrankungen, vermehrt fundierte und professionelle Behandlung benötigt, bedarf es einer qualitativen Abdeckung des wachsenden Behandlungsbedarfs. Um diese Qualität aufrechterhalten zu können, bedarf es zugleich der Unterstützung der Berufsgruppe der PsychotherapeutInnen, um sich von solchen Modeerscheinungen am Markt positionieren und etablieren zu können. Die Lösung scheint in einer starken Berufsgruppen- und Interessensvertretung zu liegen. Es bedarf langfristiger Lösungen und nicht kurzfristiger Scheinlösungen.



Karl Horvath
Betriebsratsvorsitzender
des Landeskrankenhauses
Oberpullendorf
Burgenland

Rehaufenthalt für seelische Leiden

Als Mitglied der Bundesvertretung 09, Landesanstalten und Betriebe in der GÖD Burgenland, Betriebsrat in Oberpullendorf und Mitglied der ÖGB/ARGE-Fachgruppe für Gesundheits- und Sozialberufe im Burgenland spreche ich mich für die Gesundheitsvorsorge unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Ein besonderes Anliegen ist mir die Prävention für die Seele. Immer mehr MitarbeiterInnen sind psychisch belastet und werden mit dieser Situation nicht mehr fertig. Jeder 4. Österreicher leidet im Laufe seines Lebens an einer psychischen Erkrankung. Im Jahre 2009 nahmen 900.000 Menschen wegen solcher Beschwerden Leistungen der Krankenversicherung in Anspruch. Danach erhielten 840.000 Personen Psychopharmaka ärztlich verschrieben. (Steigende Tendenz). Die Seele ist ein unsichtbares Organ. Sie verdient es genau so versorgt zu werden, wie andere Organe. Wir fordern daher, dass sich die Sozialversicherungsträger um eine Rehabilitation für die Seele kümmern. Es muss möglich sein, dass auch betroffene MitarbeiterInnen ein Reha-Kuraufenthalt für psychische Leiden ermöglicht wird.

GRATIS-Abo*
für Mitglieder der Gewerkschaften
GdG-KMSfB • GÖD • GPA-djp • vida

Senden Sie uns Ihren Kontaktdaten mit Namen, Postanschrift und Gewerkschaftszugehörigkeit per Mail an:
karl.pretebner@gdg-kmsfb.at

Das GRATIS-Abo ist gültig für 1 Jahr (4 Ausgaben)



Oö-Gewerkschaft vs. Oö-Landtag

Branko Novakovic

Der Kampf der öffentlich Bediensteten für Gerechtigkeit in Oberösterreich geht in die nächste Runde.

Die KollegInnen in Oberösterreich verstehen die Welt nicht mehr. Womit haben sie verdient, dass man sie nur als Kostenfaktor und Menschen zweiter Klasse behandelt?

Zur Erinnerung: Der Oö Landtag beschloss am 29. 9. 2011 eine Mindervalorisierung des Bundesabschlusses für den öffentlichen Dienst um 1%. Der Arbeitgeber kündigte per Gesetz die Sozialpartnerschaft und griff somit in die noch laufenden Gehaltsverhandlungen ein. Die BefürworterInnen versuchen nun diese Vorgehensweise zu rechtfertigen, vergessen dabei aber auf einige wichtige Details:

1. Der öffentliche Dienst und somit alle Gesundheits- und Sozialberufe brachten schon in den Jahren 2010 und 2011 mit Lohnabschlüssen unter einem Prozent ein großes Opfer und mussten damit auch Reallohnverluste in Kauf nehmen.
2. Es ist eine in hohem Maße unsoziale Vorgangsweise von Ministerin Heinisch-Hosek den Abschluss auf der Bundesebene unter



Die neue Einnahmequelle des Oberösterreichischen Landtages

2,95% (Inflationsrate) zu verlangen und das als Einsparung zu verkaufen. Eine Pflegehelferin beispielsweise, die vielleicht noch dazu alleinerziehende Mutter ist, kann nicht um ihr Familienbudget zu sanieren einfach ihrem Budget entsprechend weniger Steuern zahlen, denn da ist der Staat erbarmungslos. Wenn die in Oö gesetzlich verordnete Lohnkürzung als Sparen bezeichnet wird, müsste das dann nicht erst recht auch für die Steuervorenhaltung gelten? Als ob das nicht schon genügen würde, setzt der Landtag in Oö eines drauf und reduziert den noch auszuverhandelnden Abschluss um ein weiteres Prozent.

3. Es wird vergessen, wer die öffentlich Bediensteten eigentlich sind; nämlich nicht nur

akademische Beamte mit einem Gehalt von 5.000,- Euro und mehr! Das sind auch die SachbearbeiterInnen und SekretärInnen, die von einem so hohen Gehalt nur träumen können. Krankenhäuser, Seniorenzentren, mobile Dienste und andere Gesundheitsdienstleister beschäftigen neben den Gesundheitsberufen und Verwaltungspersonal aber auch Schlosser, Elektriker, Küchenpersonal, WäschereiarbeiterInnen und Reinigungskräfte. Die ÖGB/ARGE-Fachgruppe für Gesundheits- und Sozialberufe in Oö lehnt daher diese ungeheure Vorgehensweise des Landtages auf das Entschiedenste ab und ruft alle Mitglieder auf, massiven Widerstand zu leisten. Es ist auch höchst an der Zeit, dass unsere gewählten Landtagsabgeordneten (nicht nur die SPÖ-Mandatare, die sowieso gegen das „Lohnraubgesetz“ gestimmt haben), sondern auch die ÖVP-, FPÖ- und Grünen-Mandatare, wenn sie noch ein Gewissen haben, endlich in der Öffentlichkeit Position für Gerechtigkeit beziehen!

Branko Novakovic
Vorsitzender ARGE-FGV für
Gesundheits- und Sozial-
berufe Landesvorstand
Oberösterreich



GdG-KMSfB probt den Aufstand

Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Kunst Medien Sport und freie Berufe hat anlässlich der Bezirkskonferenz in der Linzer Tabakfabrik (siehe Foto) Protestaktionen angekündigt. Eine Versammlung am 5. 12. 2011, gemeinsam mit

allen Gemeindebediensteten in Oö, wurde beschlossen und auch durchgeführt. Dass es die Linzer GewerkschafterInnen ernst meinen, sieht man im Text der Resolution, in der, sollte die Protestaktion erfolglos bleiben, auch mit einem unbefristeten Streik gedroht wird.



In Oö wird nicht um einen möglichst hohen Prozentsatz bei der Gehaltserhöhung, sondern für Gerechtigkeit gegenüber allen öffentlich Bediensteten in Österreich, also auch für die OberösterreicherInnen, gekämpft. Gleicher Lohnabschluss für alle öffentlich Bediensteten, unabhängig davon, in welchem Bundesland sie arbeiten! Wir dürfen nicht vergessen dass direkt oder indirekt auch die Lohnabschlüsse in den Ordenskrankenhäusern, bei der Volkshilfe und Caritas, viel mehr sogar im gesamten Gesundheits- und Sozialwesen, vom Lohnabschluss im öffentlichen Dienst abhängen.



Astrid Breuss
Vorsitzende des Zentralbetriebsrates der Vorarlberger Landeskrankenhäuser

Pflegefonds schafft Sicherheit

Manfred Wolf

Österreich hat ein ausgezeichnetes Gesundheits- und Sozialsystem. Mit der Lösung des Pflegefonds wird ein großer Schritt im Bereich der Verwaltungsreform beim Pflegegeld gesetzt und die Finanzierung der Pflege wird für die kommenden Jahre abgesichert. Die vereinbarte Pflegelösung sichert die Finanzierung der Pflege und schafft für Pflegende und deren Angehörige Klarheit. Die Einigung der Bundesregierung zeigt auch den hohen Stellenwert von Pflege. Der neue Pflegefonds wird mit 685 Millionen Euro bis ins Jahr 2014 dotiert werden. Diese Mittel dürfen ausschließlich für die Pflege verwendet werden. Der Bund beteiligt sich zu zwei Drittel, Länder

und Gemeinden zu einem Drittel. Statt 280 verschiedener Stellen soll es in Zukunft nur noch eine für die Auszahlung des Pflegegelds geben, dies ist zu begrüßen. Das bedeutet weniger Aufwand für die Verwaltung und ist, da kostengünstiger, sowohl für die Betroffenen als auch für die Steuerzahler ein Vorteil. Die Städte und Gemeinden haben eine klare Planungsgrundlage. Auch für die professionelle Pflege in den Alten- und Pflegeheimen müssen aus diesen Budgetmitteln zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit es endlich zu einer besseren Bezahlung in der Pflege kommt. Die Aufstockung des Pflegepersonals ist mir ein wichtiges Anliegen. ■

Fußballturnier in Tirol

Gerhard Hödl

Der Vorsitzende der Bundesvertretung Landesanstalten und Betriebe in der GÖD, Johann Hable, freut sich über die sportlichen Aktivitäten unserer Kolleginnen und Kollegen. Das jährliche österreichweite Fußballturnier fand in Tirol statt. Dem Landesvorsitzenden der Landesvertre-

tung Landesanstalten und Betriebe in der GÖD Tirol – Gerhard Hödl und dem Obmann des Fußballclubs FC LKH Innsbruck Horst Leitinger sei für ihren Einsatz und die Umsicht bei der Vorbereitung und Abwicklung des Turniers sehr herzlich gedankt.

Die Platzierungen lauten:

1. Kardinal Schwarzenberg'sches KH
2. Landeskrankenhaus Wolfsberg
3. Landeskrankenhaus Feldkirch
4. FC LKH Innsbruck
5. Team Steiermark
6. LKH Thermenregion Hohegg
7. Bezirkskrankenhaus Lienz
8. Team Oberpullendorf
9. EKH Wien
10. SMZ Ost Wien

Es ist sehr wichtig, nicht nur miteinander vertiefend zu arbeiten, sondern auch in der Freizeit einen Ausgleich für die Schwere der Arbeit zu schaffen. Dies ist mit diesem (gewerkschaftsübergreifenden) Fußballturnier gelungen. ■



Das Fahrtenbuch richtig führen

Christine Vierhauser

Ein Fahrtenbuch dient dazu, beruflich gefahrene Kilometer (mit dem privaten Kfz) steuerlich geltend zu machen. Bei Dienstnehmern, die einen Dienstwagen zur Verfügung gestellt bekommen, belegt das Fahrtenbuch den Sachbezug (Einkommen- und Lohnsteuer). In einem Fahrtenbuch werden alle beruflichen und privaten Fahrten erfasst. So kann der Anteil der beruflichen Fahrten ermittelt werden.

Inhalt des Fahrtenbuchs

Es müssen sowohl Dienstreisen als auch private Fahrten aufgezeichnet werden und sollte beinhalten:

- Datum der Fahrt
- Ausgangs- und Zielpunkt
- Zeitdauer
- Zweck der Fahrt (nicht nötig bei privaten Fahrten)
- Kilometerstand am Beginn und am Ende der Fahrt
- Hinweis, ob es sich um eine berufliche oder private Fahrt handelt

Folgende Regeln sollten weiters beachtet werden:

1. Gestalten Sie das Fahrtenbuch übersichtlich.
2. Tragen Sie die Fahrten fortlaufend (chronologisch) in das Fahrtenbuch ein.
3. Die Aufzeichnungen sollten vollständig und genau sein.
4. Im Nachhinein vorgenommene Änderungen müssen erkennbar und nachvollziehbar sein.

Je genauer die Aufzeichnungen geführt werden, desto glaubwürdiger sind sie für die Finanzverwaltung. Im Zuge einer Prüfung wird von der Behörde die Plausibilität der Angaben im Fahrtenbuch unter anderem anhand von Werkstatt- und Servicerechnungen (KM-Stand) sowie Park-, Maut und Treibstoffrechnungen geprüft. Eine mögliche Alternative (zum althergebrachten Fahrtenbuch) ist ein Nachweis der gefahrenen Kilometer über ein Computer-



Foto: semeleben - Fotolia.com

programm. In diesem Fall muss aber ein spezielles Programm verwendet werden, das es keine nachträglichen Änderungen zulassen darf. Das Führen eines Fahrtenbuchs im Computerprogramm Excel ist nicht zulässig. ■

Information

Immer aktuell:

www.fgv.at



Wolfgang Thalner
Vorsitzende der ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe Landesvorstand Kärnten

„Spenden sind absetzbar!“ Begünstigt sind Spenden an bestimmte Organisationen, die Forschungsaufgaben durchführen oder auf wissenschaftlicher oder künstlerischer Basis Lehraufgaben für Erwachsene übernehmen (z. B. Universitäten). Absetzbar sind auch Spenden an Organisationen, die ausdrücklich im Gesetz genannt sind, wie die österreichische Nationalbibliothek oder Museen. Neu abzugsfähig sind auch Zuwendungen an freiwillige Feuerwehren (gilt für alle Zuwendungen ab 1. 1. 2012). Bereits bisher waren Spenden an Organisationen begünstigt, die sich für humanitäre Zwecke (mildtätige Zwecke, Entwicklungs- und Katastrophenhilfe) einsetzen. Diese werden ab 1. 1. 2012 auf Organisationen, deren Ziel der Schutz der Umwelt, Natur oder der Artenvielfalt ist ausgedehnt. Auch Spenden an Tierheime sind nun absetzbar wenn die Organisation auf der Liste der begünstigten Spendenempfänger des BM für Finanzen aufscheint und das Gültigkeitsdatum nicht abgelaufen ist. Die Spendenorganisation muss eine Bestätigung über die Zahlung der Spende ausstellen. Die Sozialversicherungsnummer muss der Organisation nicht mitgeteilt werden. Bisher waren nur Spenden an in Österreich ansässige Einrichtungen, die mit Forschungs- und Lehraufgaben betraut sind, abzugsfähig. Laut einem Urteil des EuGH (vom 16. 6. 2011) widerspricht diese Regelung der Kapitalverkehrsfreiheit. Um dem Urteil zu entsprechen, kommen als begünstigte Spendenempfänger nun auch ausländische Einrichtungen mit Sitz in einem Staat der europäischen Union oder einem Staat, mit dem eine umfassende Amtshilfe besteht, in Betracht. „

Krankenanstalt Rudolfstiftung in Wien: Lange Nacht der Museen

Mag.^a Birgit Wawschinek-Stueding

Wir feiern nicht nur, dass wir das „Erste Krankenpflegemuseum Österreichs“ haben, sondern auch, dass wir das erste Mal an der Langen Nacht der Museen in Kooperation mit dem ORF teilnahmen. 500 Besucher konnten an der Allgemeinen Gesundheits- und Krankenpflegeschule am Wilhelminenspital im 16. Wiener Gemeindebezirk in der Zeit von 18.00 - 1.00 Uhr früh gezählt werden, was unsere Erwartungen bei weitem übertrafen hat. „Das ist sowohl für das beteiligte Schulteam als auch für die mitwirkenden SchülerInnen ein beachtlicher und erfreulicher Erfolg“, erklärte Schuldirektorin Erna Braunsdorfer.

dem wurden ergänzt durch praktische Erfahrungen mit Pflegeutensilien und Behandlungsmethoden. Hildegard von Bingen (1098 bis 1179), eine wichtige Begründerin der Pflege, empfing die Besucher, gekleidet in mittelalterlicher Tracht und bot gesundheitsförderliche Tees, durch Heilsteine energetisch angereichertes Wasser und selber gebackene „Nervenkekse“ zur Stärkung an. Unterstützt wurde sie von einer Mitrstreiterin Elisabeth von Thüringen (1207 bis 1231), die den wissbegierigen Besuchern zahlreiche Fragen beantwortete und sie zu den Ausstellungsstücken und Räumen weitergeleitete,

reich bis hin zur heutigen Professionalisierung durch das 1997 entstandene Gesundheits- und Krankenpflegegesetz und der Gründung des Studiums der Pflegewissenschaften an Österreichischen Universitäten. Durch das Sammeln von Gegenständen und Dokumenten, das bereits 1987 begonnen und laufend ergänzt wurde, konnte diese beachtliche Ausstellung wachsen und forderte daher immer mehr Raum und Zeit. Das Museum wird neben dem normalen Schulbetrieb von engagierten LehrerInnen geführt. Das enorme Interesse der Öffentlichkeit an diesem Museum, wird hoffentlich Anstoß dafür sein, dass auch in Zukunft Sorge für



Fotos: Mag. Birgit Wawschinek-Stueding

Empfang die BesucherInnen (von links): Hildegard v. Bingen, ein Museums-
guide, Roswitha Gasser und Elisabeth v. Thüringen



Bewundert wurde die pflegephaleristische Sammlung (von links):
Mag. A. Swatosch, Doz. Dr. V. Kozon, die 500. Besucherin und R. Gasser

Bereits seit 24 Jahren gibt es an der Schule für allgemeinen Gesundheits- und Krankenpflege am Wilhelminenspital eine Sammlung mit historischen Pflegeutensilien, diversen medizinischen Geräten, Dienstbekleidungen sowie ein historisches Dokumentationszentrum mit alten Schriften, die die pflegerische Entwicklung verdeutlichen. Unter dem Motto: „Kultur leicht gemacht“ besuchten 191.000 Interessenten in Wien 114 Museen in der 12. Langen Nacht der Museen. Das „Erste österreichische Pflegemuseum“ machte den Besuchern ein besonderes Angebot: Interaktive Führungen mit historischen Persönlichkeiten der Pflege und authentischen Schaubil-

wo diese bereits von Hygiea, der Göttin der Gesundheit, empfangen wurden. Der Höhepunkt des Abends war die Lesung mit historischen Pflegeutensilien, diversen medizinischen Geräten, Dienstbekleidungen sowie ein historisches Dokumentationszentrum mit alten Schriften, die die pflegerische Entwicklung verdeutlichen. Unter dem Motto: „Kultur leicht gemacht“ besuchten 191.000 Interessenten in Wien 114 Museen in der 12. Langen Nacht der Museen. Das „Erste österreichische Pflegemuseum“ machte den Besuchern ein besonderes Angebot: Interaktive Führungen mit historischen Persönlichkeiten der Pflege und authentischen Schaubil-

das Weiterbestehen dieser so wertvollen Einrichtung getragen wird und dies auch bei etwaigen strukturellen Veränderungen der Ausbildungsstätte berücksichtigt wird. Die Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege am Wilhelminenspital bietet mit 400 Ausbildungsplätzen eine dreijährige Ausbildung für den gehobenen Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege an und die einjährige Ausbildung zum Pflegehelfer. Die praktische Ausbildung wird an Krankenanstalten, Geriatriezentren und Pflegeheimen des Wiener Krankenanstaltenverbundes, sowie anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens absolviert. ■
www.wienkav.at/kav/ausbildung/allgemein/wil/

Büchertipps



Thomas Kreiml (Herausgeber)
Hans Christian Voigt
**Soziale Bewegungen
und Social Media**
396 S.; ÖGB Verlag; € 29,90
ISBN 978-3-7035-1462-3

Das Web 2.0 eröffnet vielfältige Möglichkeiten, gesellschaftspolitische Anliegen zu thematisieren. Mit „Soziale Bewegungen und Social Media“ liegt das erste Handbuch zum Einsatz von Social Media vor, das sich nicht dem wirtschaftlichen Nutzen und der kommerziellen Verwertung widmet, sondern das für ArbeitnehmerInnen und BetriebsrätInnen, Bürgerinitiativen, NGO und Gewerkschaften geschrieben ist. Im Fokus stehen kooperatives gesellschaftliches Engagement, Informations- und Kampagnenarbeit im Sinne autonomer Gegenöffentlichkeit sowie (transnationale) Vernetzung und Zusammenarbeit. Das Buch vereint die Anregungen einiger aufsehenerregender Fallbeispiele mit nützlichen Anleitungen. Es bietet einen umfassenden Überblick und stellt ein praktisches Nachschlagewerk für politischen Aktivismus dar.



Brigitte Weninger
Lauf, kleiner Spatz
32 S.; Atlantis Verlag; € 15,40
ISBN 978-3-7152-0610-3

Spatz und Maus spielen fast täglich miteinander. Eines Abends aber gerät der Spatz in ein heftiges Gewitter und stürzt ab. Als er zu sich kommt, ist die Maus bei ihm. Ein Rabe kommt und trägt ihn an einen geschützten Ort. Viele Tage vergehen, Rabe und Maus pflegen den Spatz. Der ist überzeugt, dass er bald wieder fliegen kann. Als er aber begreift, dass seine Flügel nicht mehr sind wie früher, bricht für ihn eine Welt zusammen. Doch der Rabe redet ihm zu: „Du wirst es schaffen, etwas Neues anzufangen.“ Und das gelingt dem Spatz – mit Willenskraft, viel Zeit und mit Hilfe seiner Freunde. Eine behutsame Geschichte über die Folgen von Unfall und Krankheit. Eine Fabel die Mut macht, ohne das Schwierige auszuklammern. Anna Anastasova hat neue Bildeideen gefunden für die bewährte Geschichte; Szenen, die Enttäuschung und Aufrappeln fassbar machen.

Diese und weitere interessanten Bücher finden Sie und sind zu bestellen unter:

www.fgv.at

ikon
ikon VerlagsGmbH

Termine



BeSt - Die Messe für Beruf, Studium und Weiterbildung

8. bis 11. März 2012 in der Wiener Stadthalle

Die BeSt richtet sich an MaturantInnen, SchülerInnen, Studierende, Schul- und StudienabbrecherInnen sowie an Eltern, LehrerInnen, HochschulabsolventInnen, Berufstätige und an Weiterbildung Interessierte.

Zu den Ausstellern zählen Universitäten, Kollegs, Fachhochschul-Studiengänge, Akademien, private Bildungsanbieter, Sprachschulen, Interessensvertretungen sowie Firmen, die über Arbeitsplätze und betriebliche Weiterbildungsprogramme informieren.

Veranstalter der BeSt:

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
Arbeitsmarktservice Österreich

Einzugsbereich sind vor allem Wien, NÖ und das Burgenland, darüber hinaus OÖ, Steiermark und Salzburg sowie die angrenzenden Staaten Tschechien, Slowakei und Ungarn.

www.bestinfo.at

AKH-Ball

Samstag, 17. März 2012

Absolvententreffen

„Haben Sie im Wilhelminenspital diplomiert?“

Dann möchten wir Sie auch heuer wieder recht herzlich zu unserem jährlichen Absolvententreffen in der Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege am Wilhelminenspital am Mittwoch, 21. März 2012 von 15 bis 18 Uhr einladen.

Info: Tel. 01-479160-5008, Mail: wil.kps@wienkav.at



volkshilfe.
Unsere Armut, unsere Hilfe.
PSK 90.175.000



ES GIBT LÄNDER,
IN DENEN EIN WARMER SCHLAFPLATZ
KEINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT IST.
LÄNDER WIE ÖSTERREICH.



Beinahe eine halbe Million Menschen in Österreich leiden unter Armut:

Kinder, die vor Hunger nicht einschlafen. Alte Menschen, die krank werden, weil sie in ihren Wohnungen frieren. Stoppen wir gemeinsam die Armut made in Austria: **Helfen Sie uns helfen!**



volkshilfe.at

ORF

Bank Austria
UniCredit Group

Mobile

urban media

VIG SOCIAL ACTIVE
VIENNA INSURANCE GROUP

EXKLUSIV FÜR AUSZUBILDENDE DER GESUNDHEITS- UND KRANKENPFLEGE.

BETRIEBSSERVICE

Nutzen Sie das kostenlose Konto für die Dauer Ihrer Ausbildung.*

- ▶ gratis Kontoführung* inklusive Buchungen
- ▶ gratis Maestro Bankomatkarte
- ▶ inklusive eBanking per Internet und Telefon und attraktiven Zinsen

**JETZT
ZUGREIFEN!**



Nähere Informationen erhalten Sie
bei Ihrem Mobilien Berater
Andreas Riffnaler
Telefon 0676 / 8998 810 34
andreas.riffnaler@bawagpsk.com

www.betriebsservice.at

**BAWAG
PSK
Betriebsservice**

*) Auszubildende der Gesundheits- und Krankenpflege erhalten für die Dauer Ihrer Ausbildung exklusiv die Konditionen des BAWAG P.S.K. Studentenkontos. Voraussetzung für die gratis Kontoführung beim Studentenkonto ist ein positiver Kontostand, bei Inanspruchnahme der Einkaufsreserve wird neben den Zinsen ein Kontoführungsentgelt von € 3,28/Quartal verrechnet. Stand: 7.3.2011; Änderungen vorbehalten. Gilt nicht in Verbindung mit anderen Aktionen.